



SDA-Bulletin

Zürich, 24. Februar 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrats

Kein Lohndeckel für Chefs von ZKB und Unispital

Die Kaderlöhne bei kantonalen oder kantonsnahen Unternehmen im Kanton Zürich werden nicht gedeckelt. Die SP war mit der Forderung (KR-Nr. 249/2019) nach einer Obergrenze von einer Million Franken Jahreslohn am Montag im Kantonsrat chancenlos. Von einer Regelung betroffen gewesen wären insbesondere die Zürcher Kantonalbank (ZKB) und das Universitätsspital. Das Parlament befürchtete aber, mit einer Deckelung die Rekrutierung von Spitzenkräften zu erschweren. Es versenkte die Motion mit 104 zu 58 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Hingegen fordert das Zürcher Parlament von der Regierung Regeln für die Wahl der Chefs von Anstalten und Organisationen mit namhafter Kantonsbeteiligung. Die Exekutive soll sich einen Verhaltenscodex geben für die Bestellung der Mandatsträger nach einheitlichen und einsehbaren Kriterien. Die Regelung soll dem Parlament nicht zuletzt die Oberaufsicht erleichtern. Das FDP-Postulat (KR-Nr. 272/2018) wurde gegen den Widerstand von SVP, CVP und EVP mit 109 zu 59 Stimmen an die Regierung überwiesen.

Ferner hat der Kantonsrat:

- drei neue Mitglieder vereidigt (KR-Nr. 62/2020, 63/2020, 64/2020). Nora Bussmann Bolaños (Grüne, Zürich), Wilma Willi (Grüne, Windlach) sowie Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon) rücken für zurückgetretene Parlamentarier nach.
- fünf neue Mitglieder von vorberatenden Kommissionen des Kantonsrates gewählt (KR-Nr. 57/2020, 58/2020, 59/2020, 60/2020, 61/2020). Sie ersetzen aus der Kommission oder dem Kantonsrat zurückgetretene Parlamentarier.
- mit 124 zu 29 Stimmen bei 10 Enthaltungen ein Postulat (KR-Nr. 34/2019) von Grünen, SP und EVP überwiesen, das die Übersetzung wichtiger politischer Informationen in die Behördensprache fordert. Gehörlosen Menschen soll so die Teilnahme am politischen Leben erleichtert werden.
- mit 91 zu 75 Stimmen ein Postulat (KR-Nr. 332/2017) von Grünen und GLP überwiesen, das die Bereitstellung der politischen Informationen in sogenannter «einfacher Sprache» verlangt. Damit soll Menschen mit kognitiven Einschränkungen die Teilnahme am politischen Leben erleichtert werden.
- die Antwort der Regierung auf eine Interpellation (Kr-Nr. 92/2018) von SP, GLP und CVP zur Kenntnis genommen, die Auskunft verlangte über die Entschädigungspraxis bei Anstalten und Organisationen unter der Kontrolle des Kantons.
- eine Motion von SP und Grünen mit 108 zu 60 Stimmen nicht überwiesen, die gesetzliche Grundlagen forderte für ein Reglement zur Bestellung von Führungsorganen in selbstständigen Organisationen. Die Regelungskompetenz sollte dabei dem Parlament zugesprochen werden.

- ein Postulat (KR-Nr. 64/2019) von GLP, SVP und SP mit 136 zu 30 Stimmen an die Regierung überwiesen, das die Schaffung einer Leistungsgruppe «Beteiligungsmanagement» fordert. Es soll klare Regeln schaffen für Beteiligungen des Kantons.
- die Schaffung eines von der GLP geforderten Digitalbeirates mit 107 zu 58 Stimmen abgelehnt (KR-Nr. 89/2018).
- der Entwicklung einer Digitalstrategie für den Kanton mit 93 zu 73 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Gefordert wurde die Strategie von der GLP mittels eines Postulats (KR-Nr. 90/2019).
- ein Postulat (5197) abgeschrieben zur Verlegung der Strassen aus dem Neeracherried.
- ein Postulat (5521) abgeschrieben, das die Bildung eines einheitlichen Arbeitsinspektorats für den Kanton forderte.

(sda)